



In Zürich wurde die EVP 2014 zum Bauernopfer – sie scheiterte an der 5%-Wahlhürde

Machtpoker um Wahlhürden

Die Grossen wollen die Kleinen aus der Politik verdrängen



Claudia Rabelbauer
Präsidentin der EVP
der Stadt Zürich

Seit 2005 gilt im Kanton Zürich das «Pukelsheim»-Wahlsystem. Es bietet kleinen Parteien bessere Wahlchancen, weil die Sitze zuerst aufgrund der Wählerstärke im ganzen Kanton verteilt werden, bevor die Sitzzuteilung in den Wahlkreisen erfolgt. Das stört die grossen Parteien. Sie versuchen immer wieder, die dadurch ermöglichte faire Sitzverteilung durch den Aufbau von Wahlhürden zu ihren Gunsten zu verändern.

Schon bei der Einführung des neuen Systems bauten die grossen Parteien die «5%-Hürde» ein, welche bekanntlich der EVP der Stadt Zürich 2014 den Einzug in den Gemeinderat versperrte, obwohl sie aufgrund ihrer Wählerstärke Anspruch auf 3 Sitze gehabt hätte. Und im Kanton verlangen SVP und FDP neustens, dass nur jene Parteien im Kantonsrat Sitze erhalten, welche im ganzen Kanton mindestens 3% der Wählerstimmen erreicht haben.

Egal mit welchen Hürden sie operieren, das Ziel der Grossen ist immer dasselbe – sie wollen ohne die Kleinen regieren. Diese sind für sie nur lästig. Warum eigentlich? Das schweizerische Verständnis von Demokratie basiert auf der Einbindung aller massgeblichen politischen Kräfte. Was massgeblich ist, entscheiden nicht die grossen Parteien, sondern die Wahlberechtigten. Wenn das Volk kleinen Gruppierungen

eine Stimme geben will, ist es nur konsequent, dass diese im Parlament bei der Meinungsbildung mitwirken können und nicht allein auf Initiative und Referendum verwiesen werden.

Die EVP lehnt Wahlhürden ab. Und das auch dann, wenn sie wie in Winterthur nicht grundsätzlich das Ziel haben, kleinen Parteien das Leben schwer zu machen (vgl. dazu den Artikel auf Seite 8 in diesem EVPinfo). In der Stadt Zürich hat die EVP deshalb zusammen mit andern Gruppierungen erfolgreich Unterschriften für die Abschaffung der 5%-Hürde gesammelt. Darüber wird noch vor den nächsten Gemeindevahlen abgestimmt. Die EVP will damit erreichen, dass jede Stimme zählt und die ganze Bevölkerung im Gemeindeparlament abgebildet wird. Dass ein reiner «Pukelsheim» ohne Hür-

den den Staat unregierbar mache, ist frei erfunden. Der Parlamentsbetrieb wird nicht durch die kleinen Fraktionen blockiert, sondern durch die Kompromisslosigkeit der grossen. Wenn alle Strömungen im Parlament abgebildet sind, entstehen vielmehr bessere und tragfähige Lösungen. Falsch ist auch die Behauptung, zu viele Fraktionen erschweren die Kommissionsbildung. Kleine Fraktionen können nicht überall mitwirken. Sie müssen andere Wege suchen, um auf die Geschäfte Einfluss zu nehmen.

Die EVP wird sich weiterhin gegen alle künstlichen Hürden wehren, welche die Wahlen zugunsten der grossen Parteien manipulieren. Der nächste Test steht bei der Abstimmung in der Stadt Zürich an. Wir sind dankbar für alle Unterstützung.

EDITORIAL



Ursula Longatti
Präsidentin
EVP Pfäffikon

Liebe Leserin, lieber Leser

Es gibt Jahre, da nimmt die Politik ihren üblichen Lauf. Es gibt Jahre, da gönnt sie uns keine freie Minute, in Wahljahren zum Beispiel. Es gibt Jahre, da dürfen wir mit unserer Politik Erfolge verbuchen, es gibt aber auch Jahre, da gilt es Niederlagen einzustecken. Und es gibt Jahre, da dürfen wir die Korken knallen lassen – das nächste Jahr ist ein solches: 2017 feiert die EVP ihren 100. Geburtstag! Am schönen Pfäffikersee, unweit von Uster wo die EVP gegründet wurde, werden wir am 25. März 2017 an der ordentlichen DV diesen Tag feiern. Natürlich ruft dieser Geburtstag nach einem besonderem Rahmenprogramm. Lassen Sie sich überraschen! Reservieren Sie diesen Termin, auch den Nachmittag – lassen Sie uns gemeinsam und mit Volldampf in die Zukunft durchstarten!



Nein Änderung Wahlvoraussetzungen für Bezirksrichter

Laienrichterinnen und Laienrichter bereichern unsere Gerichte



Katharina Schafroth
EVP-Bezirksrichterin,
Dielsdorf

Sollen nur noch Juristen und Juristinnen als Mitglieder der Bezirksgerichte wählbar sein? Die EVP des Kantons Zürich sagt mit 56 zu 8 Stimmen klar NEIN zu einer entsprechenden Änderung der Gerichtsorganisation, welche juristische Laien vom Richteramt künftig ausschliessen will.

In vielen Bezirken gibt es bereits heute keine Laienrichter mehr, weil das Volk dies so entschieden hat. Das gilt es zu respektieren. Zu respektieren ist aber auch das Gegenteil – dort, wo noch Laien gewählt werden, sind diese offensichtlich erwünscht. Es gibt keinen Grund, dem Volk die Wahlfreiheit zu nehmen. Juristen werden nicht daran gehindert, zur Wahl anzutreten. Weshalb sollen dann juristische Laien von einer Kandidatur ausgeschlossen werden?

Natürlich gibt es im Gerichtsalltag zahlreiche Fragestellungen, bei deren Beurteilung gute Rechtskenntnisse erforderlich sind und Laienrichter keinen Mehrwert bringen. Genau darum werden sie dort auch nicht eingesetzt. Die heute amtierenden Laienrichter beschäftigen sich fast ausschliesslich mit Familienrecht (Scheidungen, Eheschutz, Kinderzuteilung, Besuchsrecht usw.). Dabei stehen Fragen im Vordergrund, die nicht allein mit der – auch noch so korrekten – Anwendung des Gesetzes gelöst werden können. Vielmehr stellen sich anspruchsvolle menschliche, emotionale und finanzielle Probleme, die sich nur dann lösen lassen, wenn es gelingt, ein Verhandlungsklima

zu schaffen, in welchem die Parteien trotz der für alle Beteiligten emotional belastenden Situation aufeinander zugehen können. Für diese Aufgabe bringen die Laienrichter aufgrund ihres beruflichen Hintergrundes und ihrer hohen Sozialkompetenz oft grosse Ressourcen mit, auf die auch in Zukunft nicht verzichtet werden soll.

«Es gibt keinen Grund, dem Volk die Wahlfreiheit zu nehmen.»

Unser bewährtes schweizerisches Milizsystem baut auf allen Ebenen darauf auf, dass fähige Leute gewählt werden, was nicht zwangsläufig gleichbedeutend ist mit fachlich Ausgebildeten. Lassen wir doch dem Volk in den Zürcher Bezirken deshalb die Freiheit, auch Laien in ihre Bezirksgerichte wählen zu können.



War Justitia eine Juristin?

IN KÜRZE

Präsidentenwechsel. In **Opfikon-Glattbrugg** übernimmt Gemeinderätin **Heidi Kläusler** das Ortsparteipräsidium von **Werner F. Stalder**. Der langjährige Präsident der Ortspartei **EVP-Küsnacht**, **Peter Relly**, hat das Präsidium ebenfalls abgegeben und das Amt an **André Tapernoux-Lüthi** übergeben.

Hanspeter Kunz ist weiterhin **Präsident der EVP Zürich 9** und nicht, wie irrtümlich im letzten EVPinfo mitgeteilt, **Gery Bosshard**.

Kantonsrat **Peter Reinhard** wurde vom Regierungsrat als Mitglied der **Justizvollzugskommission** bestätigt. Ausserdem wurde **Ruth Kleiber-Schenkel** von der Regierung als Mitglied der **Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann** wiedergewählt.

Die Zürcher Parteigremien haben zu Handen der Bundespartei ein **Strategiepapier** verabschiedet mit dem Ziel, im **Nationalrat eine eigene Fraktion** bilden zu können. Kantonsrat **Markus Schaaf** informierte die Gremien. Die Zürcher EVP will nun möglichst rasch mit den zuständigen Stellen das Gespräch suchen. **«Mit Voll-dampf in die Zukunft» ist das Motto.**

Kantonsrat **Hanspeter Hugentobler** betreut zusammen mit **Dominik Schmid** und **Renato Pfeffer** **die neuen Medien**. Ersterer erstellt regelmässig die **Bilanz des Kantonsrates**: Behandelte Geschäfte, Abstimmungsergebnisse und dazu die Haltung der EVP. Im **Facebook** abrufbar und von Dominik Schmid auf die Homepage www.evpzh.ch gesetzt.

ANZEIGEN

CVJM ZENTRUM HASLIBERG

Familienferien
Gruppenaufenthalte
Seminare

www.cvjm-zentrum.ch
+41 (0)33 972 10 50

Berggenuss schon
ab CHF 98.00 pro
Person / Nacht mit
Halbpension

Bergbahnen / ÖV gratis
Hotel-Skipass im Winter nur 35.00

inclusive

silserhof

7515 Sils-Baselgia (Engadin)

vcf HOTELS
Verband Christlicher Hotels

Ja zur Änderung des Asylgesetzes

Beschleunigung und Verbesserung der Asylverfahren



Nik Gugger
EVP-Kantonsrat,
Winterthur

2013 sind dringliche Änderungen des Asylgesetzes mit überwältigender Zustimmung des Volkes (78% Ja) sofort in Kraft gesetzt worden. Dabei ging es vor allem um eine Beschleunigung der Asylverfahren. Fristgerecht hat die Bundesversammlung die damalige befristete Regelung in das ordentliche Recht überführt. Die von ihr beschlossene Revision des Asylgesetzes wird von der SVP mit einem Referendum bekämpft, weshalb wir erneut über diese Änderungen abstimmen müssen.

«Die Beschwerdequote ist um ein Drittel gesunken»

Das geänderte Asylgesetz sieht eine Beschleunigung der Verfahren vor, indem die Asylsuchenden in Bundesasylzentren einquartiert werden, wo einfach zu beurteilende Gesuche innert höchstens 140 Tagen rechtskräftig entschieden werden. Sind weitere Abklärungen nötig, werden die Betroffenen für das erweiterte Verfahren wie bisher den Kantonen zuge-

wiesen. Um in allen Fällen ein faires Verfahren zu gewährleisten, bekommen die Gesuchsteller einen Rechtsbeistand. Dieser ist bei einer Hilfsorganisation angestellt und ist deshalb nicht an einer Ausweitung des Verfahrens interessiert.

Die Gegner der Vorlage bemängeln das abgekürzte Plangenehmigungsverfahren für die Einrichtung von Asylzentren und wittern darin eine Verletzung der Eigentumsfreiheit. Ausserdem stören sie sich an den «Gratisanwälten». Beide Einwände erfolgen zu Unrecht. Ein Eingriff in das Eigentum ist nur im äussersten Notfall vorgesehen. Entscheidend ist vielmehr, dass Bauten des Bundes ohne langwierige Genehmigungsverfahren für eine begrenzte Zeit in Asylunterkünfte umgewandelt werden können. Die Bereitstellung der Unterkünfte eilt. Auch das vorgesehene abgekürzte Verfahren ist zweckmässig. Die von einem Hilfswerk angestellten Anwälte haben sich in der Versuchsphase seit 2013 bewährt. Die Beschwerdequote ist um ein Drittel gesunken, die Qualität und damit auch die Akzeptanz der Entscheide konnte gesteigert werden. Raschere und bessere Entscheide im Asylverfahren werden nicht zuletzt von den Betroffenen besser akzeptiert.



Das neue Asylgesetz verkürzt die Wartezeit

Die Gegner der Asylgesetzrevision haben keine bessere Lösung anzubieten. Eine Rückkehr zur alten Ordnung ohne Bundesasylzentren und damit zu längeren und qualitativ schlechteren Verfahren ist keine Alternative. Die EVP der Schweiz hat zur Asylgesetzrevision daher ohne eine einzige Gegenstimme die JA-Parole beschlossen.

Nein zur Milchkuh-Initiative der Strassenverkehrsverbände

Gegen eine Privilegierung des Strassenverkehrs zulasten der Steuerzahler

■ DANIEL SOMMER, EVP-KANTONSRAT, AFFOLTERN A.A.

Die Autofahrer als Milchkuh der Nation – dieses Bild versuchen die Befürworter der Volksinitiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung» zu vermitteln. Sie verweisen auf die 1,5 Mrd. Franken aus der Mineralölsteuer, die dem Bund abgeliefert werden müssen. Es trifft demnach zwar zu, dass die Abgaben auf dem Benzin (Zölle und Steuern) nicht allein in den Strassenbau und -unterhalt fliessen. Der Strassenverkehr verursacht aber auch andere als nur Strassenkosten. Die Kosten für Unfälle und andere Schäden müssten durch andere Einnahmen finanziert werden – das Geld würde dann wieder andernorts wie z.B. bei der Bildung, beim öffentlichen Verkehr, in der Landwirtschaft oder im Gesundheitswesen fehlen.

Die EVP hat sich stets geweigert, den Strassen gegen den öffentlichen Verkehr auszuspielen.

Wir brauchen beides, Strassen und Schienen. Und beides in guter Qualität. Mit dem Fonds für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FinöV) und dem neuen Nationalstrassen- und

Agglomerationsfonds (NAF) ist für diesen Ausgleich gesorgt. Der Zentralvorstand der EVP CH hat deshalb einstimmig die NEIN-Parole zur Milchkuh-Initiative beschlossen.



Von Milchkuh keine Spur – die Abgaben der Autofahrer werden fair eingesetzt

Nein Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG)

Kein Spiel mit menschlichen Embryonen



Marianne Streiff
EVP-Nationalrätin,
Urtenen BE

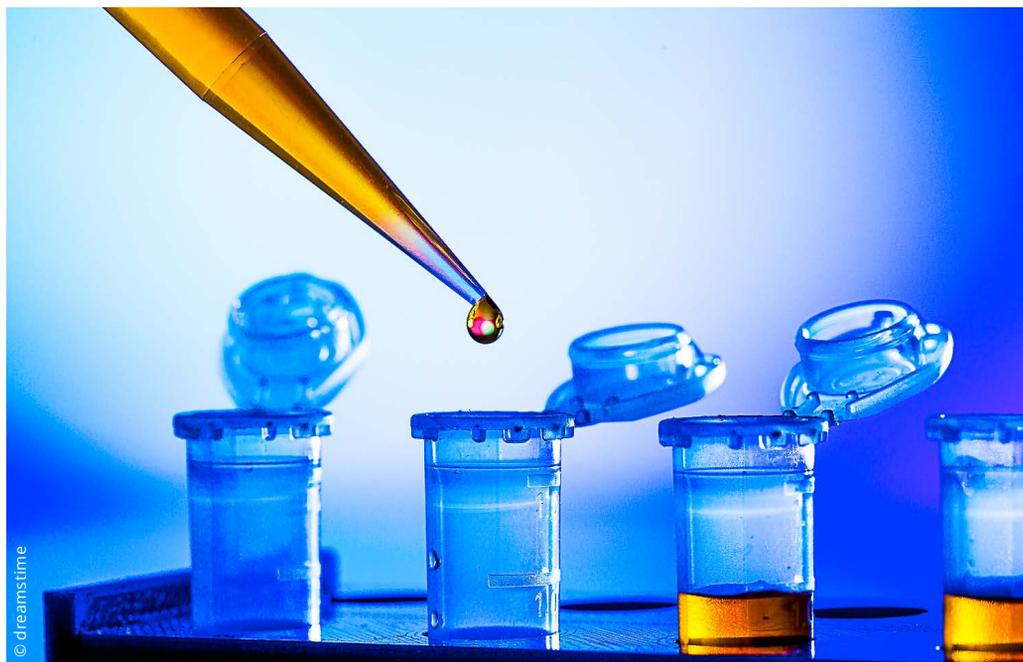
Im Abstimmungskampf zum FMedG geht es nicht darum, den Entscheid des Schweizer Stimmvolkes zur Präimplantationsdiagnostik (PID) vom 14. Juni 2015 rückgängig zu machen. Wie die PID konkret angewendet werden darf, regelt jedoch das revidierte FMedG, das bereits im Dezember 2014 im Parlament verabschiedet wurde. Dieses sieht viel zu weitgehende Anwendungsmöglichkeiten vor.

Mit dem Ja zur Verfassungsänderung hätte das revidierte FMedG automatisch in Kraft treten sollen. Dies hat die EVP zusammen mit weiteren Organisationen mit ihrem Referendum verhindert. Nun muss also das Volk über die im FMedG enthaltenen stark gelockerten Regeln für die PID entscheiden.

«Der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum Tod ist nach biblischen Massstäben nicht verhandelbar.»

Die EVP und mit ihr zahlreiche Exponenten aus andern Parteien, Verbänden und Organisationen bemängeln im FMedG vor allem die folgenden 2 Punkte:

1. Die Gesetzesvorlage erlaubt die PID nicht nur bei schweren erblichen Vorbelastungen bei einem Elternteil, wie dies der Bundesrat vorsah. Sie stünde allen Paaren offen, die eine künstliche Befruchtung vornehmen lassen



Nichts gegen eine künstliche Befruchtung – sie darf aber keinesfalls über wertenes und unwertes Leben entscheiden

und erlaubt ihnen eine generelle, systematische Untersuchung der Eizellen auf Chromosomen-Anomalien (Aneuploidie-Screening). Konkret bedeutet das die Untersuchung der Gene auf Abweichungen. Eine derart konsequente Durchführung der PID würde die Solidarität mit Menschen mit einer Behinderung und die Vielfalt in der Gesellschaft gefährden. Zudem könnte diese Entwicklung eugenischen Tendenzen Vorschub leisten (das menschliche Leben wird bewertbar). Aus unserer Sicht darf die Gesellschaft nie über lebenswertes und nicht lebenswertes Leben bestimmen!

2. Die Zahl der Embryonen, die im Reagenzglas erzeugt werden dürfen, wird im neuen Gesetz von 3 auf 12 erhöht. Dies führt zu überschüs-

sigen Embryonen. Diese werden tiefgefroren und nach 10 Jahren wieder aufgetaut und sodann der Forschung zur Verfügung gestellt oder direkt vernichtet – so oder anders wird damit menschliches Leben getötet.

Gegen eine künstliche Befruchtung ist aus ethischer Sicht grundsätzlich nichts einzuwenden. Führt sie jedoch zu einer Selektion, d.h. zu einer Auswahl zwischen gewünschten und unerwünschten Eigenschaften, verletzt sie ethische Grenzen. Erst recht gilt dies bei der Vernichtung überzähliger Embryonen. Der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum Tod ist nach biblischen Massstäben nicht verhandelbar. Die EVP lehnt das FMedG deshalb entschieden ab und empfiehlt den Stimmberechtigten ein NEIN.

ANZEIGE

AKTION FÜR VERFOLGTE CHRISTEN UND NOTLEIDENDE **AVC**

Solange die Grenzen offen sind.
Eine Million englisch-birmanische Bibeln für Myanmar als »Lehrbücher«.
Unterstützen Sie die Aktion.

klare worte. starke taten.

Durchbruch erleben

AVC | steht verfolgten Christen bei
AVC | hilft Notleidenden
AVC | macht Jesus Christus bekannt

AVC | www.avc-ch.org
Tel. +41 (0)32 356 00 80
facebook.com/avcschweiz
Postkonto 25-11156-1
UBS Biel CHF39 0027 2272 5267 2842 0

Erfolgreiche Gebäudeerneuerungen
beginnen mit einer
Energieberatung

hässig **sustech**
Prima Klima

Rufen Sie uns an: 044 940 74 15
www.sustech.ch

Nein zu bedingungslosem Grundeinkommen

Kein Grund für einen Systemwechsel



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Unser Sozialsystem ist bei Weitem zu wenig schlecht, als dass es durch ein neues ersetzt werden müsste. Zudem setzt ein Grundeinkommen falsche Anreize.

Ein Grundeinkommen von rund 2'500 Franken für jeden Erwachsenen lässt die Erwerbsarbeit für Jugendliche und Schlechtqualifizierte als wenig lohnend erscheinen und torpediert jede Hilfe zur Selbsthilfe. Man könnte von einem «Rohrkrepierer» sprechen. Umgekehrt könnte es Migranten in unerwünschter Weise anziehen. Dazu kommt, dass der von den Initianten auf 208 Mrd. Franken jährlich geschätzte Aufwand schlicht nicht finanzierbar ist.



Ein Zehneröfli reicht bei Weitem nicht – das Grundeinkommen ist schlicht nicht finanzierbar

Das in Art. 12 BV formulierte Ziel, allen Menschen ein Dasein in Würde zu ermöglichen, wird durch unser Sozialsystem mit seinen Säulen AHV/IV, Kinderzulagen und Sozialhilfe gut erfüllt. Es orientiert sich am realen Menschen und nicht an einem Ideal. Es bietet eine bedarfsorientierte Hilfe zur Selbsthilfe. Wo es

noch Schwächen hat, wird an deren Verbesserung gearbeitet. Der Weg zurück ins Paradies lässt sich mit einem illusionären Grundeinkommen mit Sicherheit nicht finden. Mit 23 Ja zu 97 Nein hat die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz deshalb die NEIN-Parole beschlossen.

Nein zur Service public-Initiative

Ein zügiger Initiativtitel garantiert keine besseren Leistungen

■ MAJA INGOLD, EVP-NATIONALRÄTIN,
WINTERTHUR

Die Initiative zielt auf die Grundversorgung der Schweizer Bevölkerung mit öffentlichem Verkehr (SBB), Postdienstleistungen (Post) und Fernmeldeverkehr (Swisscom). Ihr Titel verspricht mehr als ihr Inhalt.

SBB, Post und Swisscom sind Aktiengesellschaften, die dem Bund ganz oder mehrheitlich (Swisscom) gehören. Sie erbringen ihre Leistungen weitgehend im Wettbewerb mit privaten Anbietern. Wenn die Initiative verlangt, dass diese Betriebe keinen Gewinn erzielen und ihre Leistungen nicht quersubventioniert werden dürfen, stärkt sie die Grundversorgung nicht, sondern gefährdet sie. Weshalb?

«Die Initiative verursacht mit ihren Forderungen das Gegenteil von dem was sie will.»

Wir Schweizer kritisieren unsere Bundesbetriebe gerne. Wir protestieren gegen die Aufhebung von Poststellen, beklagen Littering in den Bahnhöfen, ärgern uns über überfüllte Züge, fordern mehr Service bei Swisscom. Immer noch höherer Standard und möglichst gratis – das ist vielfach das Verständnis von Grundversorgung durch den Staat! Und das, obwohl die Schweiz selbst mit diesen Mängeln zu den weit-



Ein NEIN garantiert den Anschluss besser

herum beneideten Ländern gehört, was den Standard der öffentlichen Dienste angeht. Diese noch weiter verbessern, das will diese Volksinitiative. Dagegen kann doch niemand sein!

Die Initiative verursacht mit ihren Forderungen aber das Gegenteil von dem was sie will, nämlich eine Verschlechterung. Wer soll denn die Kosten für den ÖV in entlegene Randregionen (quer-)finanzieren, wenn nicht die rentablen Strecken? Gerade die zuverlässige Versorgung aller Landesteile erfordert unternehmerische Freiheit. Und vom Gewinn profitieren in hohem Mass die Benutzenden, weil dieser in die Verbesserung der Infrastrukturen wie z.B. Bahnanlagen investiert wird.

Sowohl im National- wie im Ständerat hat niemand für diese Vorlage gestimmt. Auch die EVP-Delegierten halten nichts von den Rezep-

ten der Service public-Initiative und beschlossen deshalb zu Recht (mit 19 Ja zu 90 Nein) die NEIN-Parole.

BEHÖRDENMITGLIED



Michael Spahn

Oberrichter, I. Zivilkammer

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich mich für eine effiziente, genau arbeitende und gut funktionierende Justiz einsetzen möchte
- ... ich wie die EVP im christlichen Glauben verwurzelt bin
- ... mir durch mein Amt eine spannende, verantwortungsvolle und befriedigende Arbeit ermöglicht wird.

Pragmatische Problemlöser statt Lautsprecher

Gemeindeparlament Wetzikon mit 3 EVP-Mitgliedern nähert sich erster Halbzeit



Arthur Phildius
Volketswil

«Die schönste Form direkter Demokratie ist die Gemeindeversammlung», findet Walter Kübler. «Jetzt können nicht mehr alle ihre Meinung einbringen und abstimmen», bedauert Ratskollege Jürg Joos. So kämpften andere für einen Grossen Gemeinderat (GGR). Beim etwa achten Anlauf gelang es. Beide 62-Jährigen waren aber stets fürs Parlament. Ohne Grosseinsatz von Interessengruppen werde die Politik regierbarer: «Daher macht es Sinn.» Spürt man eine qualitative Verbesserung gegenüber dem alten System? Jürg Joos meint eher ja: «Die Entscheide sind sachlicher. Aber die Parteipolitik drückt durch.»

Sinn machte somit ihre Kandidatur auf der EVP-Sechserliste. Beide sind schon öffentlich aktiv gewesen: Walter Kübler als Schulpfleger und nun Präsident des Quartiervereins Kempten, Jürg Joos als Rechnungsprüfer. Er mag es, «am Puls» dieses Parlament mit aufzubauen. Von Grund auf, denn für fast alle Neo-Räte war neu, was ihnen Mitglieder anderer GGRs erläuterten. Die Wahl überraschte Jürg Joos freudig. Walter Kübler verspürte auch etwas Stolz: «Wir beide haben sehr viele Fremdstimmen erzielt». Er von allen Gewählten am meisten!

Drei, sechs oder zehn in der Fraktion?

So erstaunt es nicht, dass Berufsschullehrer Walter Kübler die Fraktion nun anführt. Eher, wer sie bildet: Mit Walter Kübler, Jürg Joos und dem Förster Stefan Burch erreicht die EVP im 36-köpfigen Rat Fraktionsstärke. Doch sie begrüsst es, dass andere Parteien mit ihr das Gespräch über ein Bündnis suchten. Nebst BDP



Die drei Wetziker EVP Gemeinderäte Jürg Joos, Stefan Burch und Walter Kübler (von links) könnten eine eigene Fraktion bilden. Doch sie haben Verstärkung von BDP und CVP an Bord geholt

und CVP, die ein Fraktionstrio bilden könnten, auch die EDU und eine Lokalpartei. «Zuerst wären wir zu zehnt gewesen», schildert Walter Kübler. Es ginge auch alleine, meint Jürg Joos. «Aber zu sechst haben wir einfach mehr Gewicht und erhalten eher Kommissionssitze.» Und mit Toni Zweifel (CVP) ab August das Gemeinderatspräsidium.

Nur zwei Kommissionen sind fix. Der Verkehr beschäftigt jene für Raumplanung und Landgeschäfte (KLRG). Dazu Stefan Burch: «Viel zu tun gab die Parkplatz-Verordnung mit Kernpunkt Kernzonen.» Er unterstützte den Stadtrat: Wetzikon als Zentrumsgebiet solle «den öffentlichen Verkehr fördern, nicht noch mehr Privatverkehr hinbringen.» Er selbst forderte, breit unterstützt, Schwachstellen in Wetzikons Velo-Infrastruktur zu beheben. Geschäftsführer Jürg Joos erlebte in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) «strube Zeiten». Das hohe Defizit 2015 setzt sie fort...

Anliegen direkt in den Stadtrat bringen

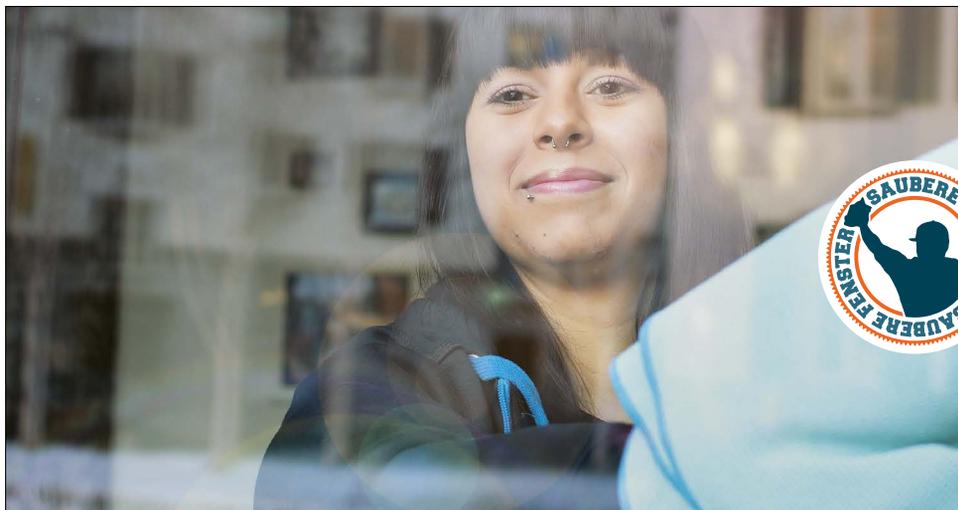
Die gemischte Fraktion funktioniert laut Fraktionschef Walter Kübler seit Beginn gut. Sie wollten aber aktiver werden, statt «die Ruhigs-

ten im Rat» zu sein, stand im Herbst im «Zürcher Oberländer». «Wir merkten», so Walter Kübler, «dass wir uns mehr melden müssen, auch dann wenn alles klar ist, und auch zu Fragen der Presse Stellung nehmen.» Weiterhin aber überflutet die EVP den Stadtrat nicht mit Vorstößen, wie das einige Parteivertreter zuerst taten. «Aufgestaute persönliche Probleme», vermutet Walter Kübler bei «Lautsprechern» im Rat. «Das Misstrauen gewisser Parlamentarier gegenüber dem Stadtrat ist noch sehr gross.» Die EVP-BDP-CVP-Fraktion nutzt laut Jürg Joos den direkten Zugang zu ihrem EVP-Stadtpäsidenten Ruedi Rüfenacht und zum CVP-Stadtrat: «So ist es für uns einfacher, Anliegen einzubringen.»

Finanzen, Verkehr, blockierte Bauprojekte: «Die Bewältigung der vielen Altlasten» nennt Jürg Joos als Hauptziel der Fraktion. Sie geht es pragmatisch und respektvoll an. Was soll man in zwei Jahren über die EVP sagen können? Walter Kübler überlegt, Jürg Joos übernimmt: «Die EVP muss nicht die Linie bestimmen. Aber ich möchte, dass man die EVP im positiven Sinne spüren wird.»

www.wetzikon.ch/politik/parlament

ANZEIGE



Fensterreinigung

für 30 Franken pro Stunde (zzgl. Spesen) reinigen wir Ihre Fenster in den Kantonen Zürich und Aargau*

Arbeitsintegrationsprogramm
Saubere Jungs für Saubere Fenster
043 322 13 67 | info@sauberejungs.ch
www.sauberejungs.ch

* Maximal 1 Stunde Anreisezeit | Einsatzgebiet auf www.sauberejungs.ch

streetchurch
love can do it

reformierte
kirche zürich

Mehr Augenmass beim Denkmalschutz

EVP fordert ein Überdenken der Schutzvoraussetzungen



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat,
Zell-Rämismühle

1833 beschloss der damalige Grosse Rat des Kantons Zürich, die Schanzen der Stadtzürcher Befestigungsanlage zu schleifen, da sie militärisch wertlos seien und das Wachstum der Kantonshauptstadt behinderten. Hierauf wurden fast alle Stadtmauern abgerissen. Dank dieser Entscheidung ist Zürich die wichtigste Stadt der Schweiz geworden.

Heute verhindert ein übertriebener Denkmalschutz solche mutige Entscheide. Zu welchen Blockaden er führen kann, sieht man beim Universitätsspital. Das heutige Hauptgebäude stammt samt Garten aus den Jahren 1942 bis 1955. Die Spitalbauten genügen den Anforderungen von Forschung und modernster Spitzenmedizin längstens nicht mehr. Die Planung einer kompletten Erneuerung des Hochschulquartiers rund um ETH, Universität und Universitätsspital kommt jedoch kaum voran, weil verschiedene Gebäude und Grünflächen unverrückbar unter Denkmalschutz stehen. Wenn dann endlich gebaut wird, entsteht trotz der immensen Bausumme von 3 Milliarden Franken nicht das beste Projekt, sondern nur das, was trotz der hohen Hürden der Denkmalpflege noch möglich ist.

Die Zeit ist reif für einen nächsten mutigen Schritt. Die EVP verlangt zusammen mit BDP und GLP in 3 Vorstössen, dass Kanton und Gemeinden ein gemeinsames Inventar führen, dass nur noch neue Objekte erfasst werden, wenn es nicht schon genügend vergleichbare Zeitzeugen gibt, und dass zwingend innerhalb eines Jahres die Abklärung der Schutzwürdigkeit erfolgen muss, wenn ein Objekt inventarisiert wird.



Nicht jedes Riegelhaus verdient Schutz

Selbstverständlich wehrt sich niemand dagegen, wenn ein Ritterhaus in Bubikon, eine Kyburg oder ein Bauernhaus aus dem Jahre 1640 denkmalgeschützt sind. Das sind wichtige Zeitzeugen, die uns Aufschluss über Architektur und Lebensstil vermitteln. Unseres Erachtens macht es aber keinen Sinn, flächendeckend im ganzen Kanton Webereien, Spinnereien, Kosthäuser, Schulhäuser, Spitäler, Kapellen, Bahnhöfe, Remisen und Scheunen zu schützen.

Aus Sicht der EVP sind die geforderten Anpassungen im Planungs- und Baugesetz dringend nötig, damit die Bauherrschaften rascher zu Planungs- und Rechtssicherheit kommen. Wir brauchen wieder den Mut der Räte von 1833, um alte Gebäude abzureissen. So schaffen wir Platz für neue Bauten, die den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechen. Ausserdem muss nicht unnötig Kulturland geopfert werden, und Gebäude können energetisch sinnvoll saniert werden.

WICHTIGE BEGRIFFE

Denkmalschutz

Rechtliche Anordnung mit dem Ziel, Kulturdenkmäler für die Zukunft zu sichern und zu erhalten.

Schutzobjekt

Baute von erheblicher historischer oder baugeschichtlicher Bedeutung für die Eidgenossenschaft, einen Kanton oder eine Gemeinde. Das kann ein Teil eines Gebäudes sein, ein ganzes Gebäude, eine Häusergruppe, ein Garten oder auch eine Anlage (z.B. Schutzbunker).

Inventar der Baudenkmäler

Wird vom Kanton und den Gemeinden über jene Bauwerke geführt, bei denen aus denkmalpflegerischer Sicht eine Schutzvermutung besteht. Die Aufnahme ins Inventar bedeutet noch keine Unterschutzstellung. Über allfällige Schutzmassnahmen wird grundsätzlich erst im Zusammenhang mit einem Bauvorhaben entschieden.

Schutzverfügung

Stellt ein Objekt unter Denkmalschutz. Erst dagegen kann die Bauherrschaft rekurren.

Denkmalpflege

Kantonale Behörde. Erforscht, inventarisiert, bewahrt und pflegt Schutzobjekte.

Schweizer Heimatschutz

Privatrechtlicher Verein zum Schutz von historischer und jüngerer Baukultur. Dachorganisation von 25 Kantonalsektionen. Mit dem Verbandsbeschwerderecht nimmt der Heimatschutz Einfluss auf konkrete Bauvorhaben.

VORSTÖSSE IM KANTONSRAT

Flüchtlingshilfe

Gerhard Fischer fordert die Förderung und Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen (2015 183)

Wahlkampfkosten

Markus Schaaf fordert eine transparente Wahlkampffinanzierung bei Majorzwahlen im Kanton Zürich (2015 262)

Leistungsstarke

Hanspeter Hugentobler will die sonderpädagogische Förderung für leistungsstarke Kinder stärken (2015 328)

Kapazitätssteigerung

Gerhard Fischer verlangt bei Hochleistungsstrassen eine Kapazitätssteigerung mit Köpfchen (2016 014 und 2016 015)

Lehrplan 21

Hanspeter Hugentobler hinterfragt den neuen Lehrplan 21 und will Auskunft, was er wert ist (2016 016)

Steuerabzug

Daniel Sommer fordert den automatisierten freiwilligen Direktabzug der direkten Steuern vom Lohn (2016 024)

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

Winterthur: Keine Hürden für Kleinparteien

Der Einheitswahlkreis ist eine gerechte Lösung



Lilian Banholzer
EVP-Fraktionspräsidentin im Grossen Gemeinderat Winterthur

Die Stadt Winterthur bildet einen Einheitswahlkreis. Die Idee, ihn aufzuteilen, wäre für kleinere Parteien wie die EVP ein klarer Nachteil.

Winterthur besteht aus sieben Stadtkreisen, die auf die fünf 1922 eingemeindeten Vororte und eine Teilung der alten Stadt Winterthur zurückgehen. Die Stadtkreise haben keine grosse Bedeutung mehr. Obwohl es Kreiswahlbüros gibt, bildet die ganze Stadt nur einen Wahlkreis. Ein Vorteil für die EVP!

Neulich ist eine Diskussion über die Vertretung der Stadtkreise im Grossen Gemeinderat aufgeflammt, da einzelne Kreise im Verhältnis zur Bevölkerung im Parlament massiv untervertreten sind. Mein Stadtkreis Töss z.B. hätte rein rechnerisch Anrecht auf 6 Sitze. Vertreten ist er aber nur durch ein Mitglied der FDP und mich aus der EVP. Es gibt Stimmen, die finden, solche Untervertretungen müssten korrigiert werden. Sie fordern deshalb Wahlen auf Kreisebene. Dann hätte jeder Stadtkreis seine angemessene Vertretung auf sicher und seine Anliegen



Die EVP wehrt sich auf allen Stufen gegen Wahlhürden – diese dienen nur den grossen Parteien

würden so auch besser berücksichtigt. In der Folge wurde sogar verlangt, dass aufgrund der Ergebnisse der Wahlen 2014 eine solche Wahl in den Kreisen simuliert werden soll.

Die EVP wehrt sich gegen solche Bestrebungen. Kleinere Parteien können nicht in jedem Stadtkreis genügend Leute für ihre Listen rekrutieren und müssten sich auf ihre stärksten Stadtkreise beschränken. Die Hürde, um einen Sitz zu ge-

winnen, würde in kleineren Wahlkreisen höher. Käme dann noch eine Wahlhürde von 3% oder 5% dazu, könnten wir in eine ähnliche Lage wie die EVP der Stadt Zürich geraten. Die Stadtkreise haben zwar noch eine emotionale Bedeutung, aber als Gemeinderätin fühle ich mich der Stadt als Ganzes verpflichtet und will nicht nur für «meinen» Stadtkreis Töss politisieren. Wahl in den Stadtkreisen – eine Idee, die es so schnell als möglich wieder zu beerdigen gilt.

Der Sonntag ist für die EVP weiterhin ein besonderer Tag

EVP Stadt Zürich gegen Parkgebühren am Sonntag



Claudia Rabelbauer
Präsidentin der EVP der Stadt Zürich

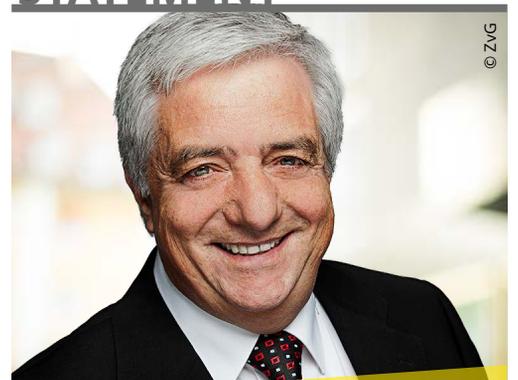
Kürzlich hat der Gemeinderat das Parkieren in der Stadt Zürich massiv verteuert. Eine halbe Stunde in den Hochtarifgebieten kostet neu statt 50 Rappen 1 Franken, und 3 Stunden kosten statt 8 neu 12 Franken. Der Sonntag wird – entgegen dem Antrag des Stadtrats – wie bisher von den Parkgebühren ausgenommen.

Gegen den Beschluss ergreifen Gewerbetreibende das Referendum. Der Abstimmungskampf um die Parkgebühren ist das eine. Die EVP war indessen aufgebracht vom Vorschlag des Stadtrates, die Gebühren zum Parkieren auch

auf den Sonntag auszudehnen. Der Sonntag ist für die EVP immer noch ein besonderer Tag. Wir möchten allen Menschen ermöglichen, den Gottesdienst am Sonntag in einer City-Kirche mit dem Auto zu besuchen und dafür nicht abgezockt zu werden. Und anschliessend z.B. die Stadt in Ruhe zu fotografieren, wenn noch keine Menschen diese beleben und die architektonischen Strukturen besonders hervortreten.

Für die EVP war bei der Ankündigung des städtischen Vorschlages der Aufschrei nicht wegen des Betrages gross, sondern wegen der Kaperung der Sonntagsruhe. Unsere Stadt darf nicht zu einer Maschine werden, die ohne jede Unterbrechung unerbittlich Geld produziert. Spielt es dabei eine Rolle, dass sehr viele Beamte der Stadt gar nicht mehr darin wohnen und ihnen das Gefühl des Stadtmenschen abhandengekommen ist?

STATEMENT



Johannes Zollinger

EVP-Kantonsrat, Schulpräsident, Wädenswil

«Es gibt immer mehr Menschen in der Welt, die bereit sind, für einen Gott zu sterben. Da ist es gut, sich daran zu erinnern, dass es einen Gott gibt, der bereit war, für die Menschen zu sterben.»

Johannes Zollinger in einer EVP-Fraktionserklärung zum Theater Neumarkt vor Ostern.

Opportunity International schafft Perspektiven in der Heimat

Ein unternehmerischer Ansatz in der Entwicklungshilfe



Dominik Schmid
Männedorf

Wenn wir ihre Potenziale in Entwicklungsländern fördern, sichern wir die Zukunft der Menschen vor Ort. Was nachhaltige Entwicklungshilfe aus christlicher Sicht bedeutet, erörtert Geschäftsführer Georges Kistler von Opportunity International Schweiz.

Was ist deine Motivation und seit wann gibt es Opportunity Schweiz?

Im Jahr 2008 gründete ich Opportunity Schweiz als Partner des weltweit tätigen Opportunity Netzwerks. Meine Motivation war und ist es, Chancen zu ermöglichen und Leben zu verändern. Menschen im globalen Süden sind zwar weniger privilegiert als wir, aber sie haben ein enormes Potenzial, das sie eigenverantwortlich entfalten können. Die Stiftung Opportunity entwickelt nachhaltige Hilfskonzepte, um diese Menschen zu fördern. Sie bedürfen keiner Almosen, sondern echter Chancen. Unsere Motivation beziehen wir aus unserem christlichen Menschenbild und der damit untrennbar verbundenen Nächstenliebe.

Was passiert mit den Spendengeldern?

Nach dem Ansatz der "Hilfe zur Selbsthilfe" setzen wir Spendengelder ein, um armen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika Ressourcen zur Verfügung zu stellen, zu denen sie sonst keinen Zugang hätten. Unsere Hilfe wirkt ganzheitlich, da sie neben der Vergabe von Mikrokrediten auch vielfältige Schulungen umfasst.



Georges Kistler führt Opportunity Schweiz seit 2008

Welche Bereiche umfasst eure Tätigkeit?

Förderung von Kleinunternehmen Wir fördern Kleinbauern mit Landwirtschaftskrediten und stellen somit die Nahrungsmittelversorgung sicher. Wir optimieren Wertschöpfungsketten, fördern Marktzugänge und unterstützen die positive Entwicklung der lokalen Wirtschaft. Alle unsere Projektaktivitäten beinhalten begleitende Schulungen zu Betriebsführung, Gesundheit und sozialen Themen.

Bildung und Ausbildung Qualitativ hochwertige Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel zur Schaffung einer echten Perspektive für das Leben von Kindern und Jugendlichen. Darum

unterstützen wir Schul- und Berufsbildungsprogramme.

Gesundheit Durch die Ausbildung von Gesundheitsberaterinnen fördern wir die Gesundheits- und Hygiene-Versorgung in Dorfgemeinschaften.

OPPORTUNITY

Stiftung Opportunity International Schweiz
Sitz in Basserdorf
Postkonto 85-193288
www.opportunity.ch

EVP-Wettbewerb – Gewinnen Sie

Als Preis winkt eine **Übernachtung für 2 Personen mit Frühstück im Hotel Glockenhof**, Zürich, www.glockenhof.ch

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Wie heisst der EVP-Oberrichter, welcher christliche Wurzeln hat? (Seite 5)

Frage 2: Wer erinnerte im Kantonsrat daran, dass Gott für die Menschen gestorben ist? (Seite 8)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):



Gewinnerin
Ausgabe Nr. 142:
Susanne Zolliker, Dielsdorf

Einsendeschluss:
Ende Juni 2016

Senden an: EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpzh.ch



Über 120 Heimbewohner finden in unseren Häusern ein Zuhause, in dem sie sich wohl und sicher fühlen. Unsere Arbeit wird bestimmt von christlichen Werten wie Nächstenliebe, Verantwortung, Würde und Achtung aller Menschen, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Für den Bereich Pflege und Betreuung suchen wir:

- **Leitung Pflegedienst** (m/w 100 %)
- **Stationsleitung** (m/w 80 - 100 %)

Detaillierte Informationen und Kontaktdaten unter:
www.stellen.raemismuehle.ch



Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.

Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch



Offsetdruck

Digitaldruck

Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch

Jonas für YAP

13'000km Sponsoringradtour
von Jonas Keller

www.jonas4yap.ch

In Partnerschaft mit



... Ruhe und Erholung.

- Wander- und Ausflugswochen
- Bibel- und Themenwochen
- Atem- und Entspannung
- Kreativwochen
- oder einfach Zeit für sich

Hotel Sunnehüsi
Alte Gasse 10, CH - 3704 Krattigen
Telefon: 033 650 78 78
info@sunnehuesi.ch
www.sunnehuesi.ch



Das Hotel Sunnehüsi befindet sich an schönster, ruhiger und sonniger Lage. Die Aussicht auf den Thunersee und die Berge ist einzigartig. Zentrale Lage für erlebnisreiche Tage, mit traumhaften Wanderungen, Ausflüge und Sehenswürdigkeiten ins ganze Berner Oberland.

Als Gast sind Sie auch ohne Teilnahme an Kursen oder Freizeiten herzlich willkommen.

Angebote und Ferien für Gruppen, Gemeinden und Senioren:

Gerne stellen wir Ihnen ein Programm oder eine Dokumentation zusammen. Preise auf Anfrage!



VCH – Verband christlicher Hotels
Via Migjome 31 – CH-6616 Losone
T +41 (0)32 510 57 77 | mail@vch.ch | www.vch.ch



Walter Kienast
Marktgasse 66
8400 Winterthur
Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch

GEWERBE

P+S Werbung AG
Grafik, Werbung, Beschriftungen
Weieracherstr. 10, 8184 Bachenbülach
Tel. 044 864 40 40, mail@pswerbung.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
Verwaltung der EVP-Liegenschaften
Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03
sekretariat@bgj32.ch, www.bgj32.ch

Die *jevz informiert in einer Jugendgruppe

Erfolgreicher Abstimmungs-Apéro in der FEG Kloten



Renato Pfeffer
EVP-Jugendbeauftragter,
Richterswil

Tim Häfliger hat für die Abstimmungen vom 28. Februar in der FEG Kloten einen Infoabend durchgeführt – mit grossem Erfolg. Spontan nahmen 15 Personen an dem Abend teil. Es wurde rege diskutiert – und abgestimmt.

Erst seit kurzem ist Tim Häfliger Mitglied der *jevz. Motiviert, in der Schweiz auch mitzubestimmen, hat er sich durch die EVP-Informationen zu den Abstimmungen vom 28. Februar 2016 gelesen. Dann sprach er mit vielen Mitgliedern aus seiner FEG darüber.

Daraus entstand an einem Sonntag die Idee, am folgenden Donnerstag einen Infoabend über die Abstimmungsvorlagen zu gestalten. «Ziel ist es, den Teilnehmern die Vorlagen näher zu bringen und die Abstimmungscouverts vor dem Altpapier zu bewahren» so Tim. Gesagt, getan: Nach dem Gottesdienst wurden die Räume reserviert, Werbung gemacht und sms verschickt. Die Gäste sollten auch gleich ihre Stimmcouverts mit den Abstimmungsunterlagen mitbringen – auch um den Worten Taten folgen zu lassen.

Vom grossen Echo war Tim Häfliger dann doch etwas überrascht. Für den Infoabend mit Apéro meldeten sich 15 Personen – mehrheitlich Frauen. Grosse Nachfrage verpflichtet, und so hat sich Tim Häfliger etwa 10 Stunden Zeit genommen, um sich besser zu informieren.

Nach dem Studium der Abstimmungsunterlagen (evpz.ch, myvoting.ch, easyvote.ch), der Parolen des Bundesrates und der Parteien hat



Tim Häfliger informiert in seiner FEG über die Abstimmungsvorlagen vom 28. Februar

er eine neutral formulierte Präsentation zusammengestellt. Unterstützung erhielt er vor allem für den Apéro auch von Freunden. Der Anlass war ein grosser Erfolg. Schon während der Präsentation wurde rege diskutiert. Am Apéro war Politik das Thema. Die Stimmzettel

wurden ausgefüllt – wie wissen nur die einzelnen Gäste. Von ihnen gab es für den Anlass sehr gute Feedbacks. Tim Häfliger will auch für die nächsten Abstimmungen einen solchen Anlass durchführen. Allerdings wird er etwas früher mit der Planung und Einladung beginnen.

WERDEN SIE MITGLIED BEI DER EVP

Durch Ihre Mitgliedschaft in der EVP oder *jevz unterstützen Sie unsere Arbeit. So gestalten Sie die Zukunft unseres Landes mit. Bei Interesse rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns eine E-Mail.

044 271 43 02 sekretariat@evpz.ch www.evpz.ch

ANZEIGE



GLOCKENHOF ZÜRICH

Hotel - Restaurant - Bankett

Sihlstrasse 31 | CH-8001 Zürich-City

Telefon +41 44 225 91 91 | www.glockenhof.ch



Weingerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

AGENDA

Wanderwoche

9.-13. Mai 2016

Region Murten-Neuenburger-Bielsee

Stammtisch *jevp

12. Mai 2016, 19.00 Uhr

Zürich, Schützengasse 16, Simplonbar

Renato Pfeffer, 079 787 56 05,

renato.pfeffer@evpzh.ch

Abstimmungen

5. Juni 2016

Prägende Frauen

16. Juni 2016, 18.30 Uhr

Zürcher Stadtgeschichte: Stadtrundgang.

Treffpunkt: Tramhaltestelle Helmhaus

Topaktuell

21. Juni 2016, 18.30 Uhr

Rüschlikon, Rist. Pizzeria da Toni (Bahnhof)

Stammtisch mit Ruedi Aeschbacher

Delegiertenversammlung

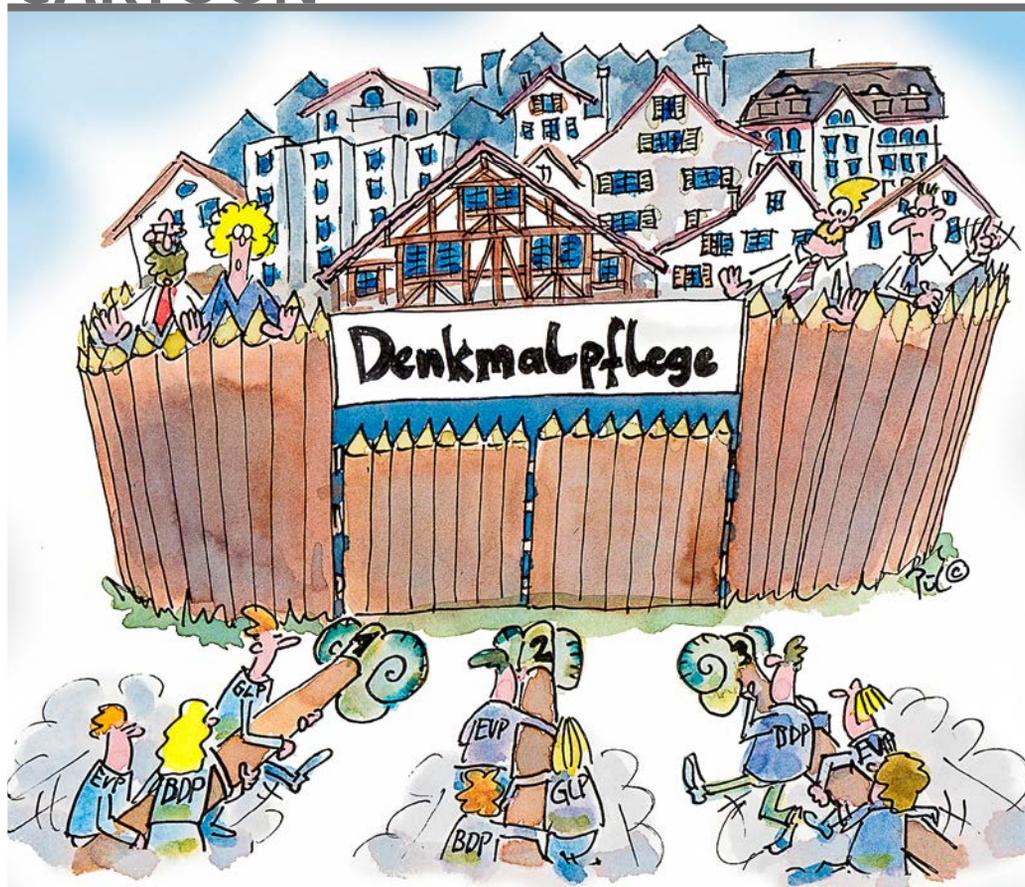
29. Juni 2016, 19.15 Uhr

Glockenhof, Zürich

Abstimmungen 25. September 2016

Weitere Details: www.evpzh.ch (Termine),
sekretariat@evpzh.ch, Tel 044 271 43 02

CARTOON



Die EVP möchte mutig wie anno 1833 die übertriebenen Schutzwälle abreißen, welche die Denkmalpflege errichtet hat (vgl. den Artikel auf S. 7).

PAROLEN

Abstimmungen vom 5. Juni 2016

Bund

- NEIN** VI «Pro Service public»
- NEIN** VI «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»
- NEIN** VI «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»
(Milchkuh-Initiative)
- NEIN** Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte
Fortpflanzung (FMedG)
- JA** Änderung des Asylgesetzes

Kanton

- NEIN** Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und
Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess
(Wählbarkeitsvoraussetzungen für Bezirksrichterinnen
und Bezirksrichter)

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. Redaktionsteam: Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Arthur Phildius (aph), Volketswil, Peter Ritschard (pri), Zürich, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeiter/innen:** Ursula Cossalter, Wetzikon, Nik Gugger, Winterthur, Maja Ingold, Winterthur, Ursula Longatti, Pfäffikon ZH, Claudia Rabelbauer, Zürich, Markus Schaaf, Zell/Rämismühle, Katharina Schafroth, Dielsdorf, Daniel Sommer, Affoltern am Albis, Michael Spahn, Urdorf, Marianne Streiff, Urtenen-Schönbühl. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVOpa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, info@evpzev.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. Postkonto: 87-467939-4. **Auflage:** Druck: 42 500; WEMF-beglaubigt 41 995. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.